



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 8

21. Mai 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Welche Kriterien gelten für die Chefposten - oder wer hat alles Zugriff auf die Mails von Landespolizeipräsident und Inspekteur?**
- 02 Polizeireform: Kritik**
- 03 Politisch motivierte Kriminalität 2013**
- 04 Kripo: Anrechnung der Rufbereitschaft**
- 05 DPoIG Hamburg –weiter absolute Mehrheit**
- 06 GRÜNE von Sparkurs alleine bei Beamten u. Versorgungsempfänger weiterhin überzeugt**
- 07 Übernimmt DGB zukünftig Ordnungsgelder?**
- 08 Kurzmeldungen**

Hinweise und Kritik zur Polizeireform: reformkritik@dpolg-bw.de



Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? *Schreiben Sie uns ihre Kritik.*

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

01 Welche Kriterien gelten für die Chefposten - oder wer hat alles Zugriff auf die Mails von Landespolizeipräsident und Inspekteur?

Quelle: Pressemitteilungen

Stuttgart - Nach der Niederlage vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe im Januar fand sich der politische Offensivspieler Gall (SPD) in der ungewohnten Rolle des Verteidigers wieder. Er werde die Entscheidung akzeptieren und auf Rechtsmittel verzichten, versprach kurz nach dem Richterspruch der Innenminister im Landtag. „Den gerügten Punkten kommen wir selbstverständlich nach.“

Gall bestritt, es seien nur Ja-Sager mit Posten bedient worden – und er beteuerte: „Für mich war es schon immer von großer Bedeutung, Stellenbesetzungen redlich vorzunehmen“ - konform mit dem Beamtenrecht und unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung. So sollte es denn auch in dem neuerlichen Auswahlverfahren gehandhabt werden. ...

Interne Mails mit Vorschlägen an den Landespolizeichef

Nun keimen auch Zweifel an der Ausschreibung auf. Kann es womöglich sein, dass da nicht Bewerber gesucht werden, die einem ohne Ansehen der Personen erstellten Anforderungsprofils entsprechen, sondern umgekehrt das Anforderungsprofil auf einen vorab festgelegten Personenkreis – den vom Gericht gekippten Präsidenten und Vizepräsidenten – zugeschnitten wird?

Derlei vermutet die Opposition. Jetzt tauchen indes Mails aus der Herzkammer des Landes-polizeipräsidiiums auf, die diesen Spekulationen Nahrung geben. Zeitig am Morgen des 5. Januar antwortete Detlef Werner, der Inspekteur der Polizei, auf eine in der Nacht eingegangene Mail des Polizeipräsidenten Klotter, die sich auf eine Be-

sprechung zur Ausgestaltung der Stellenausschreibungen bezog. Werner berichtete: „Über das Thema Einsatzerfahrung haben wir nicht gesprochen. Ich würde es aber weglassen. Ich habe mir zuvor die Kollegen betrachtet und überlegt, was diese in den letzten 5 – 10 Jahren gemacht haben. Wir würden mit einer Anforderung Einsatzerfahrungen Semling rauskickern.“



Franz Semling war im Rahmen der Polizeireform zum Polizeivizepräsidenten in Offenburg ernannt worden, verlor dieses Amt aber infolge des Karlsruher Urteils. Zuvor war er unter anderem Polizeireferent im Staatsministerium gewesen. Auch bei den vom Richterspruch betroffenen (und damit verhinderten) Vizepräsidenten Alfred Oswald, Hans Becker, Uwe Stürmer, Reinhard Nething, Gerold Sigg und Hubertus Högerle zeigt sich Polizeiinspekteur Werner nicht sicher, ob sie eine „besondere Einsatzerfahrung aufweisen können“.

„Ich würde es weglassen“

Gegebenenfalls, so Werner, könne man schreiben, dass Erfahrungen bei der Planung und Leitung größerer Einsatzlagen „wünschenswert“ oder „von Vorteil“ wären, „mehr aber auch nicht“. Werner schließt mit der Frage, ob er eine entsprechende Passage in die Ausschreibung einfügen solle. In seiner Antwort winkt Landespolizeipräsident Klotter ab. Seine Nachfrage habe nur den Polizeipräsidenten, nicht deren Vizes gegolten. Und dann fügt er hinzu, dass „mit Blick darauf, dass die Profile auch in Zukunft Bestand haben sollen“, auf Anforderungen in Sachen Einsatzerfahrung verzichtet werden könne.

Nach dem Karlsruher Urteil sagte Innenminister Gall: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich bei einem nachgesteuerten Verfahren etwas ändert.“ Allerdings wolle er das auch nicht völlig ausschließen. Trotz dieses einschränkenden Nachsatzes sitzt der Minister in der Zwickmühle: Gehen die alten Polizeichefs tatsächlich allesamt siegreich auch aus dem zweiten Auswahlverfahren hervor, wird ihm dies den Vorwurf der Voreingenommenheit eintragen - womöglich mit neuen Klagen aus dem Kreis der unterlegenen Bewerber. Davon gebe es, berichtete Gall neulich im Innenausschuss, auf jede Stelle mehrere.

Der FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke meinte: „Offensichtlich soll die gesamte verkorkste Polizeireform ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz gerettet werden.“ Gall seien treue Gefolgsleute an der Polizeispitze wichtiger als „eine Bestenauslese im Sinne der inneren Sicherheit unseres Landes“. Das Vorgehen gefährde auf lange Sicht die Funktionsfähigkeit der Polizei. CDU und FDP verlangen Aufklärung über die am 24. Februar erfolgte Ausschreibung für die Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten. „Wenn es zutrifft, dass bestimmte Kandidaten durch passgenaue Profile bevorzugt wurden, ist das ein bedenklicher Vorgang“, sagt der CDU-Innenpolitiker Thomas Blenke. Die FDP-Fraktion will das Thema in den Landtag tragen und hat deshalb eine Aktuelle Debatte beantragt mit dem Titel: „Herr Innenminister, wurde die neuerliche Ausschreibung der Polizeipräsidenten auf Ihre Wunschkandidaten zugeschnitten?“

02 Polizeireform: Kritik

Quelle: Presseauswertung/DPoIG

Nachfolgend drucken wir an dieser Stelle wieder einige Presseartikel ab, die man unter der Rubrik – Kritik/Auswirkungen der Polizeireform fassen kann.

16. April 2014 – Südwestpresse (Göppingen)



Bericht Kritik an der Polizeireform verstummt nicht

KREIS GÖPPINGEN

Seit 100 Tagen ist die Polizeireform in Kraft. Die Göppinger CDU-Landtagsabgeordnete Jutta Schiller zieht eine negative Bilanz. Die Landesregierung beschönige den Auftakt der Strukturreform, sagt die Oppositionspolitikerin.

"Bislang hat es die Landesregierung mutwillig unterlassen, bei ihrer Reformumsetzung auch die Anliegen der von der Reform Betroffenen ergebnisoffen und ernsthaft einfließen zu lassen", meint Schiller. Es habe in der Vergangenheit genügend Hinweise von den Polizeibeamten in Göppingen gegeben, welche die Reform für zu überdimensioniert und in der Umsetzung für zu schnell hielten.

Im Unterschied zu vielen Politikern aus dem Lager der Landesregierung macht die CDU-Politikerin Schiller gravierende Fehler in der Umsetzung der Reform aus. Das fange bei den nicht korrekt verlaufenden Besetzungen der Spitzenpositionen in der Polizei an und gehe bis hin zu enormen Doppelbelastungen der Polizeibeamten vor Ort. Reformbedingte Aufgaben wie Umzüge, das Einarbeiten in neue Bereiche, mehr Verwaltungsaufwand und unklare Zuständigkeiten, belasteten das Arbeitsklima der Polizisten, glaubt die CDU-Abgeordnete. Dazu kämen lange Fahrtwege. "Die Antwort, in welchem Kosten-Nutzen-Verhältnis die Polizeistrukturereform für den Landkreis Göppingen steht, bleibt die Landesregierung der CDU bis heute schuldig."

23. April 2014 – Heilbronner Stimme

Carsten Friese



Kripo-Mitarbeiter funken SOS

Heilbronn - 3 Monate nach dem Startschuss für das neue Polizeipräsidium Heilbronn rumort es hörbar in Reihen der Kripo. Rund um die Uhr einsatzbereit: der neue Kriminaldauerdienst des Polizeipräsidiums. Es fehlen bei der Kripo Leute, sagt selbst Polizeichef Grasmück.

Aus einzelnen Fachgebieten, den Inspektionen für Jugend-, Rauschgift-, organisierte Kriminalität, für Fahndung oder Finanzermittlungen, dringen Notsignale nach außen. Von einer "chronischen Unter-besetzung" ist die Rede, von ausgedünnten Fachabteilungen, die zugunsten neuer Strukturen "an den Rand der Arbeitsfähigkeit" verkleinert worden seien. "Unhaltbare Zustände" nennt es mancher Beamter, verweist auf Fälle, für die erst einmal keine Zeit sei im neuen Großpräsidium, weil teilweise nur noch de facto 3 Beamte da seien. Hauptkritik: Die Kriminalpolizei des Präsidiums Heilbronn liege beim Anteil an der Gesamtmitarbeiterzahl landesweit am unteren Ende – obwohl das Präsidium die größte Fläche habe. "Das passt schon für einen Laien nicht zusammen", kritisiert ein Insider.

Ist hier falsch geplant worden?

Wie umverteilen? Polizeichef Grasmück verhehlt einen Personalengpass bei der Kripo nicht. Ein Engpass, der schon seit Jahren bestanden habe und sich beim neuen Zuschnitt der Präsidien fortgepflanzt habe. Die Zuteilungskriterien seien "nicht verändert worden". Aus Sicht eines einzelnen Sachbearbeiters könne er die Kritik "nachvollziehen", sagt Grasmück. Beim Gesamtsystem sieht er unterm Strich einen positiven Effekt. Er bestätigt eine Kripostärke am unteren Ende im Vergleich aller Präsidien. Indes: Die Fläche spiele als Kriterium keine große Rolle. Entscheidender sei die Zahl der Straftaten pro 100 000 Einwohner. Und da liege das Heilbronner Präsidium an drittletzter Stelle. Weiter in der Diskussion und umstritten: die neue Struktur der Polizeipräsidien. Die Fläche des Heilbronner Präsidiums ist größer als das Saarland.

Dennoch, sagt Grasmück, sehe man, dass man im Bereich Kripo "Personal zuführen müsste". Weil Heilbronn im Vergleich der städtisch-ländlich geprägten Präsidien beim Kripo-Anteil mit 15,5 Prozent unter einer Standardquote von 17 Prozent liege. "Umverteilung" von anderen Präsidien wäre für Grasmück ein möglicher Weg. Er spricht von 15 bis 20 Beamten, um die es geht. Er weiß aber auch, wie schwer es wird, Stellen von anderen Einheiten zu verlagern.

Krankenstand

"Wir nehmen die Sorgen ernst", versichert Martin Simon, Vize-Kripoleiter im Präsidium. Er verweist auf eine schwierige Altersstruktur, dass über die Hälfte der Mitarbeiter über 50 sei. Die Kranken-quote gerade bei Älteren sei relativ hoch. 215 Kripo-Stellen gibt es im Präsidium – die reale Arbeitsstärke ist derzeit 186 Beamte. "Es fehlen viele", bestätigt Simon, "das macht uns zu schaffen."

17. Mai 2014 – Badische Zeitung



Diebstahl und Einbruch vorne

RHEINFELDEN. Es wird ständig geklaut und eingebrochen. In der Kriminalstatistik des Polizeireviere rangiert Diebstahl an erster Stelle. Wenn unter dem Strich dennoch ein Rückgang der Straftaten um 10 Prozent auf 3016 Fälle steht, gibt es doch keinen Grund

zur Entwarnung. Die Lage am Rande des Ballungsraums Basel hat eine fast hundertprozentige Zunahme bei Wohnungseinbrüchen begünstigt. "Rund um die Uhr", betont Bezirksdienstleiter Dieter Wild, sind internationale Tätergruppen am Werk. 69 Mal haben Einbrecher 2013 zugeschlagen. Die Täter arbeiten schnell, da hat die Polizei oft das Nachsehen...

Von 57 Haushaltsstellen sind 50 besetzt, außerdem stehen zwei Beamte der Bereitschaftspolizei zur Verfügung. "Damit sind wir erstmal zufrieden", meint Revierleiter Siegfried Oßwald, das stärkt auch den Streifendienst.

16. April 2014 – Info der Südfinder

Gisela Sgier

INFO^{Der}Südfinder

„Vorteile habe ich leider noch nicht entdeckt“ Polizeichef Kempter zur Umsetzung der Polizeireform

LEUTKIRCH (gs) - Die Polizeireform wurde zum 1. Januar 2014 umgesetzt. INFO-Mitarbeiterin Gisela Sgier erkundigte sich beim Leutkircher Polizeichef Anton Kempter über die aktuelle Situation:

Gibt es durch die Veränderung bauliche und personelle Umstrukturierungen in Ihrer Dienststelle? Anton Kempter: Eher nicht. Auch unser Zuständigkeitsbereich hat sich nicht verändert. Verändert hat sich materiell lediglich die Anzahl der zur Verfügung stehenden Dienstfahrzeuge. Das Polizeirevier Leutkirch musste zwei seiner Streifenfahrzeuge abgeben, was täglich zu erheblichen Einschränkungen und Problemen führt. Was das Personal betrifft, wurde zwar das politische Versprechen, dass durch die Reform jedes Polizeirevier zwei Polizeibeamtinnen/-beamten bekommen soll, umgesetzt. Der erhaltene personelle Zuwachs entspricht jedoch bei Weitem nicht dem tatsächlich benötigten Bedarf.

Was befindet sich nun genau in Konstanz? In Konstanz befinden sich jetzt das Polizeipräsidium und die nachgeordnete Direktion Polizeireviere.

Welche Auswirkungen hat die Zugehörigkeit zu Konstanz? Durch die Polizeireform haben sich auch die Führungsverhältnisse im Einsatz und das Aufgabenspektrum verändert. Bislang wurde der Notruf in Ravensburg entgegengenommen und an das Polizeirevier Leutkirch weitergeleitet. Der Notruf geht künftig in Konstanz ein. Die Bearbeitung schwerer Verkehrsunfälle erfolgt jetzt durch eine zentralisierte Einheit mit deutlich längeren Anfahrtswegen. Besprechungen finden jetzt auf Führungsebene in der Regel in Konstanz statt und nicht mehr in Ravensburg, was mehr Zeitaufwand bedeutet. Die Verwaltung mit der gesamten Logistik ist verstreut, zum einen in Konstanz, zum anderen in Ravensburg und zum Teil in Friedrichshafen. Auch der Postlauf ist komplizierter und länger geworden.

Welche Vorteile bietet die Zugehörigkeit an das Polizeipräsidium sowie an die Direktion? Vorteile durch die Umstellung habe ich leider noch nicht entdeckt. Nachteile zeigen sich derzeit noch an allen Ecken und Kanten. Besser und effizienter ist bislang nichts. Vieles ist nicht einfacher, sondern komplizierter. Aber vielleicht nivelliert sich diese Einschätzung noch.

Wie finden Sie sowie Ihre Kollegen die Neuerungen? Von einem Motivationsaufschwung bei meiner Mannschaft kann man sicherlich nicht sprechen. Vielmehr geht es tagtäglich darum, Demotivation abzubauen.

28. April 2014 – Badische Zeitung

Hannes Lauber



Polizei bleibt auch nach der Reform unterbesetzt

Im Streifendienst fehlen derzeit 10 Beamte.

WEIL AM RHEIN (nn). Die Polizeireform, die zum 1. Januar in Kraft getreten ist, hat dem Polizeirevier Weil am Rhein eine leichte Verstärkung beschert. Wie schon vorab in Aussicht gestellt, sind von der früheren Polizeidirektion Lörrach zwei Beamte zum Weiler Revier gewechselt und verstärken hier nun den Ermittlungsdienst. Trotz dieser Verstärkung erreicht das Weiler Polizeirevier aber nach wie vor nicht seine Sollstärke. Wie der stellvertretende Revierleiter Ernst Gruidl auf Anfrage mitteilt, sind für das Weiler Revier 68 Stellen ausgewiesen, gegenwärtig aber nur 65 Stellen besetzt. Besonders eklatant ist die Unterbesetzung im Streifendienst. Dort läge die Sollstärke eigentlich bei 45,9 Stellen, tatsächlich sind aktuell aber nur 35,9 Stellen besetzt. Das heißt, es fehlen zehn Beamtinnen oder Beamte. Dass der Unterschied zwischen Soll und Ist insgesamt nur drei Stellen ausmacht, liegt daran, dass der Bezirksdienst und der Ermittlungsdienst derzeit gut ausgestattet sind und leicht über dem Soll liegen.

Für das Revier habe die Reform insbesondere im Stabsbereich einiges an Mehrarbeit gebracht, da vieles neu geregelt werden müsse, was früher "von selbst lief", sagt Gruidl.

2. Mai 2014 – Schwäbische Zeitung/ dpa

Alexander Albrecht



18-Jähriger von Rechtsradikalen krankenhaushausreif geschlagen?

Schwetzingen - Ein 18-Jähriger ist gegen 20.30 Uhr auf dem Heimweg, als er von vier oder fünf Personen übel beschimpft wird. Dann passiert es: Unvermittelt fallen sie über den jungen Mann mit türkischen Wurzeln her, schlagen und treten ihn - auch gegen den Kopf und den Hals. Nachdem die unbekanntes Angreifer endlich von ihrem Opfer abgelassen haben, ergreifen sie die Flucht. Der 18-Jährige wird mit schweren Gesichtsverletzungen in die Heidelberger Kopfklinik gebracht und mehr als vier Stunden lang operiert. Ärzte stellen einen doppelten Kieferbruch fest...

Die Tat spielte sich bereits in der vergangenen Woche ab, am Abend des 24. April. Die Polizei unterrichtete die Medien jedoch erst vorgestern. Das, obwohl die Ermittler nach Zeugen suchen.

Schätzle erklärt die Verzögerung zwischen dem Verbrechen und der Information so: "Wir sichten in der Pressestelle täglich weit über 1000 Vorkommensberichte in den Städten Mannheim, Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis. Der Bericht über den Angriff in Schwetzingen wurde - Asche auf unser Haupt - schlicht und ergreifend übersehen", so der Polizeisprecher.

03 Politisch motivierte Kriminalität 2013

Quelle:

Berlin - Mit Besorgnis hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) auf die vom Bundesinnenminister vorgestellten Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität

2013 reagiert. Nicht nur die Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte hat erneut zugenommen auf 2011 Fälle im Jahr 2013 (2012: 1515 Fälle), sondern auch die Qualität der Angriffe. Allein drei versuchte Tötungsdelikte aus dem links-motivierten Spektrum richteten sich gezielt gegen Polizeibeamte.

Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte stellt ein ernstes Problem dar und muss endlich von der Politik angegangen werden. Die Gewaltbereitschaft speist sich leider auch aus einer Grundstimmung in manchen Gesellschaftsgruppen, denen es allgemein an Respekt und Akzeptanz gegenüber staatlichen Funktionsträgern mangelt. Anpöbeln, Schubsen, Anspucken und sich Widersetzen bei alltäglichen polizeilichen Handlungen bilden den Nährboden für manche politische Extremisten, die meinen mit aller Härte zuschlagen zu müssen.“



Die DPoIG fordert deshalb neben einer besseren Schutzausstattung von Polizistinnen und Polizisten die Anhebung der Strafandrohung beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von derzeit drei auf fünf Jahre. Zudem soll mit mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe rechnen, wer zusammen mit anderen Vollstreckungsbeamte angreift.

Als richtige Maßnahme erweist sich nach Kenntnis der aktuellen Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität die Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus. **Wendt:** „Der geringfügige Rückgang im Bereich der rechtsmotivierten Straftaten ist zwar noch kein Grund zur Entwarnung, er zeigt jedoch, dass der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden Früchte trägt.“

**04 Kripo: Anrechnung der Rufbereitschaft als volle Arbeitszeit
== bei ablehnendem Bescheid die Einlegung eines Widerspruchs prüfen**

Quelle: DPoIG BW

Stuttgart - Die Anträge auf Anerkennung der Rufbereitschaft als Arbeitszeit wurden in einigen Polizeipräsidiolen bereits beschieden. Weitere Bescheide werden sicher in anderen Polizeipräsidiolen zeitnah folgen. Ein Polizeipräsidium hat beispielsweise zwischen Kriminaltechnikern und „Nicht-Kriminaltechnikern“ unterschieden. Kriminaltechniker erhalten dort rückwirkend für das Jahr 2013 einmalig einen zusätzlichen Freizeitausgleich in Höhe von 2,5% ihrer Rufbereitschaftszeit. Die Anträge der „Nicht-Kriminaltechniker“ wurden vollumfänglich abgelehnt. Der DPoIG-Fachsprecher für die Kriminalpolizei, Manfred Ripberger (Aalen) fordert die Kollegen auf, bei solchen Bescheiden die Einlegung eines Widerspruchs zu prüfen und ggf. auch vorsorglich (fristwährend) einzulegen.



Die Juristen des DPoIG/DBB-Rechtsschutzzentrums (DLZ) halten die (teilweise) ablehnenden Bescheide für rechtlich angreifbar und empfehlen fristwährend Widerspruch einzulegen. Das DLZ widerspricht ausdrücklich dem im vorliegenden Ablehnungsbescheid eines PP gemachten Aussagen und weist hierzu explizit auf Ausführungen im Urteil des VGH BW hin (Az. 4 S 94/12 vom 26.06.2013). Danach sei es unzweifelhaft, dass von Kriminalbeamten/-beamtinnen, denen für ihre Rufbereitschaft insbesondere ein Dienst-Kfz zur Verfügung gestellt wurde, seitens der Dienststelle erwartet wurde, unverzüglich am jeweiligen Ereignis-/Tatortort zu erscheinen. Auch den damit

verbundenen Feststellungen, dass eine „weitgehend freie Gestaltung der privaten Aktivitäten“ während der kriminalpolizeilichen Rufbereitschaft möglich sei und Einsätze „erfahrungsgemäß nur sporadisch“ stattfänden, wurde eine klare Absage erteilt.

Ein entsprechendes Muster für den Widerspruch ist über die örtlichen DPoIG-Vertrauensleute oder die DPoIG-Landesgeschäftsstelle erhältlich.

05 DPoIG Hamburg – nach Personalratswahlen weiter absolute Mehrheit

Quelle:

Hamburg – Die Personalratswahlen in der Hamburger Polizei wurden mit der öffentlichen Auszählung im Polizeipräsidium beendet. Nach Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses durch den Wahlvorstand hat die *Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)*, erneut einen herausragenden Wahlsieg errungen.

Der Personalrat der Polizei Hamburg hat insgesamt 25 Sitze (Beamte und Arbeitnehmer) von denen 13 Sitze auf die *DPoIG Hamburg* entfielen. 4 Sitze fielen auf den BDK, der in Hamburg ähnlich wie in Baden-Württemberg in enger Kooperation zusammenarbeitet.

Das Ergebnis der DPoIG Hamburg ist bemerkenswert. Nicht nur, dass man noch weitere Wähler gewinnen konnte, mit fast 50% bei den Beamten und ebenfalls fast 50% bei den Tarifbeschäftigten liegt man klar vorne. Die GdP schaffte im Arbeitnehmerbereich gerade einmal knapp 27%. Damit hat die **DPoIG Hamburg** ihre absolute Mehrheit im Personalrat gehalten.

Zum Wahlergebnis erklärte der Landesvorsitzende der *DPoIG Hamburg*, Joachim Lenders: „Wir sind begeistert von diesem herausragenden Wahlsieg, den wir als starkes Team der *DPoIG Hamburg* erzielt haben. Wir sind als Team angetreten und haben als Team gewonnen. Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten in der Hamburger Polizei hat die Arbeit der DPoIG-Personalräte, die sie in den vergangenen Jahren geleistet haben, honoriert.“



Die DPoIG Baden-Württemberg übermittelt den Hamburger Kollegen/innen die besten Glückwünsche zu diesem grandiosen Erfolg, der in beeindruckender Weise auch die Anerkennung der DPoIG-Arbeit in Hamburg und das große Engagement des dortigen Landesvorsitzenden und Stellv. Bundesvorsitzenden, Joachim Lenders, sowie des langjährigen Personalratsvorsitzenden, Freddi Lohse, spiegelt.

06 GRÜNE von Sparkurs alleine bei Beamten u. Versorgungsempfänger weiterhin überzeugt

Quelle: Seniorenverband öD

Stuttgart - Das Gesprächsergebnis des Seniorenverbandes mit der Fraktion GRÜNE kurz gefasst vorweg: Nach wie vor ist die Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg davon überzeugt, dass ihr strikter Sparkurs gegen die Beamten und Versorgungsempfänger aus Gründen der Haushaltsdisziplin weiterhin notwendig ist.

Die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Edith Sitzmann, MdL Muhterem Aras, finanzpolitische Sprecherin der Fraktion, und der parlamentarische Berater für Finanzen und Grundsatzfragen, Dr. Ralph Bürk, trafen sich mit dem geschäftsführenden Landesvorstand des Seniorenverbandes auf deren Landesgeschäftsstelle.



Landesvorsitzender Berberich eröffnete das Gespräch mit der Eingangsfrage nach weiteren Sparvorhaben der Landesregierung und berichtete von der großen Verstimmung und Verärgerung der Mitgliederbasis gegenüber der Landesregierung. Es sei angesichts sprudelnder Steuereinnahmen nicht einsichtig, dass die Regierung eine einzige Gruppe der Gesellschaft, nämlich die Beamten und Versorgungsempfänger, durch Sparopfer zu Kasse bitten würde. Frau Sitzmann verwies auf die Notwendigkeit weiterer Haushaltssanierung, da das Land ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfe.

Die Landesregierung müsse ihren politischen Kurs fortsetzen und bat um Verständnis.

Waldemar Futter thematisierte, auch aus Sicht als stell. BBW-Landesvorsitzender, die massiven Beihilfekürzungen seit Amtsantritt der grün-roten Landesregierung und hier vor allem die erheblichen Kürzungen bei Zahnbehandlungen. Es sei unerträglich, dass der Gesetzgeber hier eine Beihilfelücke geschaffen habe, ohne zuvor sichergestellt zu haben, dass Betroffene diese durch beihilfekonforme Beihilfeergänzungstarife bei ihrer privaten Krankenversicherung sozialverträglich und finanzierbar schließen können.

Ganz zum Schluss des Gesprächs erbat Landesvorsitzender Dieter Berberich noch eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach weiteren Sparopfern. Die zu Beginn des Berichtes abgedruckte Antwort war ernüchternd und festigte den Eindruck, dass die GRÜNEN von ihrem Kurs gegenüber den Beamten und Versorgungsempfänger überzeugt und daher nicht abzubringen sei. Außer einem höflich freundlichen Gedankenaustausch war das Gesprächsergebnis ernüchternd aber nicht unerwartet.

07 Übernimmt DGB zukünftig Ordnungsgelder nach Ingewahrsamnahmen aus Mitgliedsbeiträgen / DGB-Mitteln?

Quelle: neues deutschland – Sozialistische Tageszeitung

16.05.2014 - Unter der Überschrift „Konstruktiv ungehorsam“ ist in der sozialistischen Tageszeitung ein Interview mit dem DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggemiller erschienen. Der DGB-Jugendfunktionär erläutert darin einen vom DGB-Bundeskongress angenommenen Antrag, in dem der Zivile Ungehorsam jetzt offiziell zu den Aktionsformen des DGB gehört. In der Begründung führte Haggemiller an, dass es Kollegen/innen gab, die in Dresden bei den Protesten in Gewahrsam kamen, Ordnungsgelder bezahlen mussten.

nd: Der DGB hat den Antrag B004 seiner Jugend entgegen der Empfehlung angenommen. Der Zivile Ungehorsam gehört jetzt offiziell zu den Aktionsformen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zufrieden?

Haggemiller: Sehr. Das ist sogar mehr als wir uns im Vorfeld versprochen hatten. Wir hatten über Jahre dagegen harte Widerstände. Zivilen Ungehorsam muss man machen, das ist klar, wir tun das auch schon seit Jahren. Es ist uns jetzt gelungen, mit der teils emotional geführten Debatte, die Delegierten zu überzeugen.

Was waren denn das für Widerstände in den Jugendverbänden? Oliver Malchow, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP, hat gesagt, Zivilen Ungehorsam könne und dürfe er nicht akzeptieren.

Wir haben sehr lange diskutiert - natürlich auch *mit Beteiligung der Jungen Gruppe, der Jugendorganisation der GdP, die auch gegen Widerstände in ihrer eigenen Gewerkschaft ankommen mussten*. Die ver.di-Jugend hat die Debatte initiiert, »Dresden nazifrei!«, da kommt das her. Wir hatten auch in Dresden Probleme, weil die Gewerkschaften vor Ort sich nicht an den Massenblockaden gegen den Naziaufmarsch beteiligt hatten.

Warum war es so wichtig, dass der Antrag durchkam?

Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die in Dresden bei den Protesten in Gewahrsam kamen, Ordnungsgelder bezahlen mussten. Wir wollten, dass diese auch von der Gesamtorganisation solidarisch unterstützt werden. Das war bislang noch nicht da. Darum freuen wir uns sehr. Der zweite Punkt, der uns wichtig war, ist, dass wir nun vor Ort, bei Bündnissen die Möglichkeit haben, uns auf diesen Beschluss beziehen zu können und den gesamten DGB hinter uns wissen.

08 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

BESOLDUNG UND VERSORGUNG: BEAMTE VERDIENEN TEILHABE

Die Entwicklung der Besoldung und Versorgung muss Beamtinnen und Beamte an den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen teilhaben lassen. Darauf hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in Mainz hingewiesen. In mehreren Bundesländern sei dieses Prinzip der Teilhabe allerdings in den vergangenen Jahren missachtet worden. „Die Politik zaudert nicht, auf Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds zuzugreifen, um andere Haushaltslücken zu schließen - obwohl diese auch durch die Beamtenschaft finanziert werden“, sagte Dauderstädt. „Das wollen wir ändern und diskutieren über die Errichtung eines bundesweiten Beamtenversorgungswerks, das alle Rücklagen unter Aufsicht der Bundesbank bündelt und dem Zugriff einzelner Körperschaften entzieht.“



Die unzureichende Besoldungsentwicklung in vielen Ländern sei ebenfalls scharf zu kritisieren, so der dbb Bundesvorsitzende weiter. Die gängige Praxis, die entsprechenden Tarifabschlüsse aus dem Arbeitnehmerbereich auf die Beamtenschaft zu übertragen, werde zunehmend aufgeweicht. „Diese Fehlentwicklung muss schnell revidiert werden“, mahnte Dauderstädt. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig habe jüngst darauf hingewiesen, dass es verfassungswidrig sei, die Beamtenbesoldung von den Tarifergebnissen abzukoppeln.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

Urteil zur Beihilfegewährung für im Basistarif krankenversicherte Beamte

Das Bundesverwaltungsgericht hat im April entschieden, dass eine Begrenzung des Anspruchs auf Gewährung von Beihilfe für diejenigen, die im sogenannten Basistarif privat krankenversichert sind, gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz

verstößt. Grundsätzlich richtet sich die Angemessenheit von ärztlichen Leistungen im Beihilferecht nach der Gebührenordnung für Ärzte; jedoch kommen für Basistarif-Krankenversicherte abgesenkte Steigerungssätze (die jeweils vertraglich vereinbart wurden) zur Anwendung. Diese Praxis hat das Gericht jetzt für nicht mit dem verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz vereinbar erklärt. Zu den konkreten Auswirkungen liegen bislang keine Urteilsgründe des Bundesverwaltungsgerichts vor. Über die Urteilsgründe sowie das weitere Verfahren wird der dbb berichten.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Bayr. Staatsministerium des Innern

Vereidigungsfeier der Bayerischen Polizei - 1.244 Polizisten/innen vereidigt

1.244 junge Anwärtinnen und Anwärt für den bayerischen Polizeivollzugsdienst haben in Nürnberg feierlich ihren Amtseid abgelegt. Den 294 Frauen und 950 Männer, die ihren Dienst an sieben Ausbildungsstandorten bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei angetreten haben, versicherte der bayr. Innenminister Hermann, sie könnten versichert sein, dass sie in Bayern auf den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt für ihre anspruchsvolle Aufgabe vertrauen können. Dies zeige sich auch in der nachhaltigen Personalpolitik. "Während in anderen Bundesländern Personal abgebaut wird, haben wir in den Haushaltsjahren 2009 bis 2013 insgesamt mehr als 2.000 dauerhafte neue Stellen geschaffen. Auf dieser Grundlage konnten wir in den letzten fünf Jahren rund 6.500 Vollzugsbeamte neu einstellen – deutlich mehr als in den Ruhestand gegangen sind. Heuer können wir mehr als 1.200 Nachwuchskräfte einstellen. Damit haben wir den höchsten Personalstand aller Zeiten erreicht."



[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Bild-Zeitung

So teuer sind Finanzminister Schmidts (SPD) Personalpleiten

Stuttgart - Diese Personalpleiten kosten das Land richtig viel Geld. Schon zum dritten Mal in seiner Amtszeit tauscht Superminister Nils Schmid (40, SPD) vorzeitig politisches Spitzenpersonal aus:

- Im **April 2012** feuerte er wegen seinen Amtschef und Parteifreund Daniel Rosta wegen einer Facebook-Affäre: **106.400 Euro**.
- Im **Januar 2013** musste Ex-Kultusministerin Gudrun Warminski-Leitheußer wegen Unfähigkeit ihren Hut nehmen: **144.000 Euro**.
- Und jetzt trennt sich Schmid auch noch von seinem Ministerialdirektor, Wolfgang Leidig: **176.400 Euro**.

Pikant, alle 3 hat einst der Vize-MP selbst nach Stuttgart geholt. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke: „Das ist das dritte Eingeständnis eines personellen Fehlgriffs von Minister Schmid.“ Kosten für den Steuerzahler: Rund **430.000 Euro**. Denn Beamte wie Minister haben laut Gesetz Anspruch auf Übergangs- und Ruhegeld, zum Teil bis zu 2 Jahre. Beamtenbund-Chef Stich (63) schimpft: „Das ist die Quittung für die Parteibuch-Wirtschaft unter Grün-Rot. Und die Steuerzahler müssen es jetzt ausbaden.“ Die Landesregierung sollte bei der Stellenversetzung endlich mehr auf Sachverstand setzen, statt Parteifreunde zu bedienen.



BBW-Chef Stich

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

Pflegereform: dbb bundesenorenvertretung fordert schnelleres Handeln

Die anstehende Pflegereform erfordert in vielen Teilen ein schnelleres Handeln, als es die derzeitigen Pläne vorsehen. Das hat der Vorsitzende der dbb bundesenorenvertretung, Wolfgang Speck, in Berlin deutlich gemacht. Es könne nicht angehen, dass erforderliche Änderungen der sozialen Pflegeversicherung erneut auf die lange Bank geschoben werden.

Ein entsprechender Referentenentwurf zur Änderung des 11. Buches Sozialgesetzbuch sehe zwar finanzielle Verbesserungen ab dem 1. Januar 2015 vor. Insbesondere bei der Betreuung von Demenzkranken bestehe aber noch Handlungsbedarf: „Zwei Expertengremien haben eine bessere Berücksichtigung von Demenzerkrankungen bei der Definition von Pflegebedürftigkeit als notwendig erachtet. Es ist nicht einzusehen, dass diese neue Definition weiter verzögert wird“, sagte Speck. Die Erweiterung der bereits bestehenden Betreuungsmöglichkeiten für Demenzkranke um sogenannte Entlastungsangebote bewertete er dagegen grundsätzlich positiv. Diese sollten allerdings nicht über das Kostenerstattungsprinzip abgerechnet werden. Sinnvoller sei es, sie als Sachleistungen anzubieten, um keine zusätzlichen Hürden für Betroffene aufzubauen.



Speck bemängelte außerdem, dass die zehntägige Beurlaubung von Arbeitnehmer/innen zur Pflege von Angehörigen nicht sofort geregelt, sondern lediglich angekündigt wurde. Den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds nannte Speck „überfällig“. Es sei aber fraglich, ob die für diesen Vorsorgefonds vorgesehenen Mittel ausreichen.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Schwarzwälder Bote

Polizeireform hat im Jahr 2013 knapp 7,9 Millionen Euro gekostet.

Stuttgart - Die umstrittene Polizeireform hat 2013 mit knapp 7,9 Millionen Euro zu Buche geschlagen. Dies teilte der Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Stuttgarter Landtags am Donnerstag mit. Die Anschubfinanzierung betreffe vor allem Maßnahmen zur technischen und logistischen Realisierung. Insgesamt hätten 11,8 Millionen Euro zur Verfügung gestanden. Diese Mittel hätten aber nicht komplett ausgegeben werden können, weil in vielen Fällen die Beschaffungszeiten rechtlichen Rahmenvorgaben unterlagen - etwa Ausschreibungsverfahren oder Bestell- und Lieferfristen.

Ende DPoIG-ID Nr. 8/2014